

Zeitschrift:	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	59 (1980)
Heft:	12
 Artikel:	Flickwerk in der Referendumsfalle : eine Rede vor den schweizer Bankiers
Autor:	Ritschard, Willi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-347749

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Flickwerk in der Referendumsfalle

Eine Rede vor den Schweizer Bankiers

Im Oktober sprach Bundesrat Willi Ritschard in Zürich vor den versammelten Schweizer Bankiers. Er habe die Grüsse des Bundesrates zu überbringen und sich gleichzeitig bei den Schweizer Bankiers als Finanzminister einzuführen, erklärte Willi Ritschard nicht ohne Ironie. Was danach folgte, kann unseren Lesern nicht entzogen werden: Willi Ritschard hielt eine abgerundete Vorlesung nicht nur über die Finanznöte des Bundes sondern auch, wie diese politisch zu interpretieren sind. Wir geben die Rede im Wortlaut wieder.

Ich habe Ihnen die Grüsse des Bundesrates zu entbieten und mich gleichzeitig bei Ihnen als Finanzminister einzuführen. Dabei bewegen mich gemischte Gefühle.

Zwar habe ich auch mit Geld zu tun, so dass eine Seelenverwandtschaft zwischen den Bankiers und mir an sich bestehen müsste.

Aber ein Mann mit einer ausgewiesenen Neigung zu eher tiefen Hypothekarzinsen und zu gewissen neuen Steuern ist wahrscheinlich nicht gerade der Traumreferent für eine Bankertagung.

Vermutlich ist Ihr Verhältnis zu diesem Finanzminister am ehesten mit dem frommen Spruch: «Lobet den Herrn,

aber haltet ihn fern» umschrieben, wenn man den «Herrn» nicht wörtlich nimmt. Ein Finanzminister, der wegen den Löchern in seiner Kasse vor dem Bankschalter steht, ist nicht der «Herr». «Wer borgt, wird der Knecht dessen, der gibt», sagt ein holländisches Sprichwort.

Aber Sie sehen es wahrscheinlich schon richtig. Sie und ich betrachten die politische Landschaft nicht aus dem gleichen Blickwinkel. Es ergeben sich deshalb sicher unterschiedliche Bilder von der Wirklichkeit und auch von den Möglichkeiten, diese zu verändern. Ich werde bewusst aus meiner Sicht und von meinen Problemen sprechen und dabei versuchen, Ihnen verständlich zu machen, dass meine Probleme auch die Ihren sind.

Gesunde Finanzen – gesunder Staat

Als Finanzminister und als Mitglied einer Partei, die den Staat als wichtigen Ordnungsfaktor akzeptiert, halte ich die Schwierigkeiten der öffentlichen Finanzen für ein Schlüsselproblem unserer Gesellschaft. Sie sind es umso mehr, als sie das Funktionieren unseres Staatswesens je länger je grundsätzlicher in Frage stellen.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden sich von den Schwierigkeiten des Hauptkassiers der Nation kaum zu Tränen röhren lassen.

Und manch einer hält wahrscheinlich diese Schwierigkeiten gar für heilsam. Er erhofft sich davon einen Abbau an Staatstätigkeit und als Folge davon eine kleinere Steuerrechnung. Ich bin überzeugt, dass das eine falsche Sicht ist, die auf die Dauer nachteilige Wirkungen haben muss.

Die öffentlichen Finanzen bilden gewissermassen das Scharnier zwischen Staat und Wirtschaft. Wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten, so ist davon nicht nur der Staat betroffen. Solche Krisen der Staatsfinanzen zeigen vielmehr, dass etwas im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft nicht mehr stimmt. Und wenn es während Jahren nicht gelingt, die öffentlichen Finanzen auf politischem Wege wiederum ins Lot zu bringen, so kündet sich damit eine Krise der Gesellschaft an. Und eine solche Krise zu verhindern, dürfte auch ein zentrales Interesse der Wirtschaft sein.

In einer gesunden Gesellschaft sollten – wie in einer guten Ehe – die Finanzen ohnehin nicht das Schlüsselproblem bilden. Natürlich ist es überall wichtig, dass die Kasse stimmt. Aber es ist nicht der Hauptzweck eines öffentlichen Gemeinwesens, eine Kasse zu führen. Hauptaufgabe ist die «Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt», wie es im Artikel 2 der Bundesverfassung heißt. Die Finanzen

sind nicht der Zweck, sie sind ein Mittel der Politik.

Aus diesem Grunde ist es auch nicht gut, dass wir in diesem Lande bald seit Jahrzehnten vorwiegend über die Finanzen diskutieren müssen. Wir laufen so Gefahr, dass wir von den echten Zukunftsaufgaben des Landes abgelenkt werden. Wir betrachten mehr und mehr auch *langfristige Probleme* nur noch aus der Optik, die *kurzfristig* für die Kasse günstig erscheint. Aber gerade diese Optik kann sich in vielen Fällen auf lange Sicht als die falsche erweisen.

Der Politiker ist ein Arbeiter im Weinberg des Herrn. Er muss sich mit den nächsten Jahrgängen beschäftigen und nicht mit dem, den er bereits verkauft hat.

Provisorien als roter Faden

Die Geschichte der Bundesfinanzen wäre ein abendfüllendes Thema. Ungezählte Expertenberichte, Botschaften, Kommissionsprotokolle, Finanzvorlagen, Finanzpläne, Sparpakete und anderes mehr modern im Keller des Finanzdepartementes. Gelegentlich scheint es – und wahrscheinlich ist es auch weitgehend so –, dass über die Bundesfinanzpolitik alles gesagt worden ist und man fast jeden Gedanken als Wiederholung empfinden muss.

Seit 1950 haben wir insgesamt 13 Mal über Finanzvorlagen des Bundes abgestimmt. Im Mittel alle drei Jahre einmal. Sieben dieser 13 Vorlagen hat das Volk verworfen. Zugestimmt hat es jeweils nur, wenn neue oder höhere

Steuern mit spürbaren Entlastungen auf andern Abgaben verbunden waren.

Was ist das Resultat dieser Entwicklung?

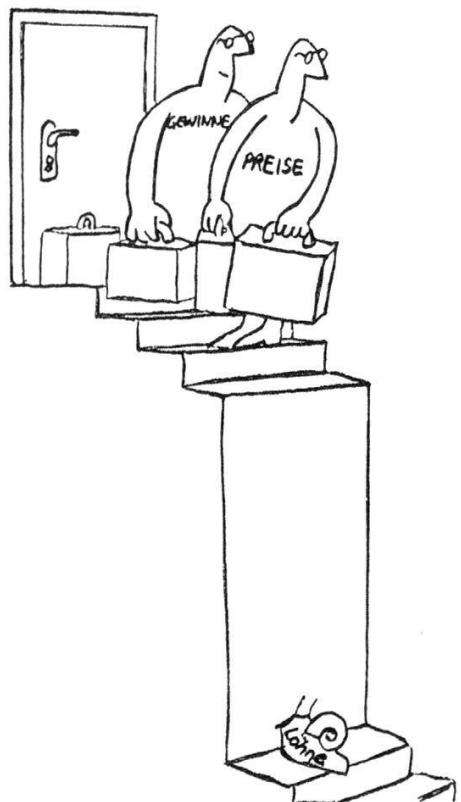
Der Bund hat *keine* klare Finanzordnung, auf die man harmonisch Fortsetzungen aufbauen könnte und die auch ein einfacher Bürger versteht. Was in Kantonen und Gemeinden für den Normalbürger in lesbaren Steuergesetzen und -reglementen festgelegt ist, findet sich beim Bund zum Teil in Stein gemeisselt in der Verfassung; aber auch hier nicht alles am gleichen Ort und keineswegs systematisch geordnet. Manches ist als Notbehelf entstanden, als Übergangsbestimmung, oder auch nur auf der Ebene bundesrätlicher Verordnungen geregelt. Fast nur Spezialisten finden sich da noch zu recht. Und der Finanzminister kann sich kaum zu ihnen zählen.

Darüber hinaus besteht das, was wir die «Finanzordnung» bezeichnen, zur Hauptsache aus *befristeten* Bestimmungen. Provisorien sind zum roten Faden der schweizerischen Finanzpolitik geworden. Offenbar leben wir in unserem Land in der Hoffnung, dass der Bund eines Tages überhaupt keine Steuern mehr braucht. Oder dann sind wir – vielleicht ohne es zu wissen –, klassische Anarchisten, die auf die Abschaffung des Staates hinarbeiten und es deshalb für überflüssig halten, ihm seine Einnahmen dauerhaft zuzusichern.

Nachdem eigentliche Finanzreformen in den 50er Jahren gescheitert waren, sind wir in der Finanzpolitik bescheiden

geworden. Wir versuchen keine «grossen Würfe» mehr. Pragmatismus ist Trumpf. Wir nehmen zwar – wie meistens in diesem Land – lange Anläufe, aber wir machen dann doch nur kleine Sprünge. Das muss keine Untugend sein. Im Gegenteil. Aber es ist dadurch eben eine recht unübersichtliche Finanzverfassung entstanden, die das Misstrauen des Volkes in Steuerfragen zusätzlich nährt und auch immer wieder zu den negativen Volksentscheiden beiträgt.

Es ist beinahe ein Teufelskreis: Wir können fast nur noch Flickwerk machen und gerade dieses Flickwerk wird dann zur Referendumsfalle. Es stimmt eben die alte Wahrheit, wonach Politik der vergebliche Versuch ist, jene Konflikte zu beseitigen, die sie selber geschaffen hat.



Ich will aber nicht diese Vielfalt der Finanzordnung verdammen. Ich möchte damit nur erklären, weshalb wir zur Sanierung der Bundesfinanzen nicht einfach irgendeine Steuererhöhung vorschlagen können. Wir sind zum Beispiel gezwungen, mit der neuen Vorlage die «kalte Progression» bei der Wehrsteuer zu beseitigen, wie es die Verfassung vorschreibt. Und zur Kompensation müssen wir die Sätze der Warenumsatzsteuer erhöhen, soweit das noch möglich ist. Und den Rest der fehlenden Einnahmen können wir nur über neue Steuern zu beschaffen versuchen, wie zum Beispiel bei den Treuhändanlagen der Banken.

Warum kranke Bundesfinanzen?

Wie es um die Bundesfinanzen steht, dürfte den Bankiers im allgemeinen bekannt sein. Weniger geläufig ist, wieso der Bund in diese Lage geraten ist. Und dieses Nichtwissen führt dann auch laufend zu negativen Urteilen über die Bundesbehörden. Schuldig ist ja meistens das Opfer. Wir müssen in der Finanzpolitik gegen Misstrauen und vor allem auch gegen Vorurteile des Bürgers ankämpfen. Und Vorurteile sind meist Irrtümer, die Wurzeln geschlagen haben. Und sie lassen sich nur schwer beseitigen. Es gibt ja genug zahlungskräftige Eidgenossen und Interessengruppen, die sich liebevoll bemühen, diese Vorurteile in täglicher Wiederholung zu verstetigen.

Es ist nicht so, dass in der Verwaltung und im Bundes-

haus der Sparwille fehlt. Die Schweiz wird zuverlässig, unbestechlich und billig verwaltet, wie jeder Vergleich mit vergleichbaren Staaten zeigt. Unseren Behörden kann man nicht Verschwendungs sucht vorwerfen. Das Loch in der Bundeskasse ist nicht das Ergebnis einer liederlich verbrachten Nacht. Es ist vielmehr die Folge davon, dass man dem Bund – vor allem seit den sechziger Jahren – laufend neue Aufgaben aufgebürdet hat, ohne gleichzeitig auch die Finanzierung sicherzustellen.

Das überproportionale Ansteigen der Staatsausgaben erklärt sich damit, dass ein starkes wirtschaftliches Wachstum, wie wir es in den letzten Jahrzehnten verzeichneten, mit wachsenden sozialen Kosten erkauft werden muss. Wer vorschnell die steigende Staatsquote als Grundübel verdammt, vergisst, dass das Gemeinwesen zu einem guten Teil für die Voraussetzungs- und Folgekosten der privaten Produktion aufzukommen hat.

Ohne den aufwendigen Ausbau der staatlichen Infrastruktur wäre das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte nicht möglich gewesen. Und dieses wenig kontrollierte Wachstum hat manche Fehlentwicklung hervorgebracht, deren Folgen dem Staat heute schwer anlasten. Ich erinnere an die Probleme des Umweltschutzes, die Entvölkerung der Bergregionen, die Ballungsprobleme in den grossen Agglomerationen und an die Motorisierung. Diese Entwicklungen haben Raumplanungs-, Wohnbau-

förderungs- und vielen anderen Massnahmen gerufen, die der Staat ergreifen musste. Denken Sie auch an Stress und Überbelastung der Menschen im heutigen Produktionsprozess, deren Folgen sich in den Gesundheitsausgaben des Staates niederschlagen.

Auch der Trend zur Kleinfamilie wird durch die Wirtschaft gefördert. Das Altersproblem muss öffentlich gelöst werden. Ebenso die Probleme der Invaliden und andern Benachteiligten.

Die zunehmende Staatstätigkeit seit den sechziger Jahren hat mit kalter Sozialisierung nichts zu tun, auch nicht mit Parteiprogrammen. Das Volk bestimmt in unserer Form von Demokratie, was es für nötig hält. Und die neuen Staatsaufgaben waren nötig. Leider hat man zu spät daran gedacht, dass auch Staatsausgaben nicht erst im Himmel zahlbar werden.

Für die heutige Finanzlage des Bundes ist namentlich die Tatsache von Bedeutung, dass erhebliche Neu- und Mehrbelastungen beschlossen worden sind, ohne dass gleichzeitig für Deckung gesorgt wurde. Einzig für den Ausbau der Nationalstrassen ist die Finanzierung sichergestellt worden.

- *Die Aufwendungen des Bundes für AHV und IV waren bis ungefähr 1972 mit zweckgebundenen Einnahmen aus Tabak- und Alkoholbelastung einigermassen gedeckt. Heute übersteigen diese Aufwendungen von insgesamt 2,1 Mia Franken die zweckge-*

bundenen Einnahmen von rund 700 Mio um ganze 1,4 Mia. Dieses Geld muss nun aus allgemeinen Steuereinnahmen oder eben aus Schulden gedeckt werden.

- Auch die *Mehrbelastung bei den Bahnen* muss voll aus der allgemeinen Bundeskasse finanziert werden.
- Bei der *Milchrechnung* ist die Belastung der allgemeinen Bundeskasse von 1970 bis 1979 um über 340 Mio angewachsen.
- Auch für die wegen der Verschuldung stark gewachsene *Zinsbelastung* konnte der Bund nie entsprechende Mehreinnahmen verlangen.

Entwicklung zum Transferhaushalt

Besonders kennzeichnend für die heutige Lage des Bundeshaushaltes ist auch die *beträchtliche Zunahme der so genannten Überweisungen* an andere Haushalte, das heißt an Kantone und Gemeinden, an Dritte, aber auch an andere Institutionen des Bundes wie die AHV oder die SBB.

Diese Transferausgaben machten im Jahre 1960 noch 40 Prozent der Ausgaben aus. Heute sind es 65 Prozent. Für die angestammten bundeseigenen Aufgaben stehen dem Bund heute also nur noch 35 Prozent seines Budgets zur Verfügung.

Die Folgen dieser Entwicklung zu einem Transferhaushalt sind:

- die Verschiebung der Verantwortlichkeiten
- die Förderung der Illusion, der Bund könne das Geld

für die vielen von ihm geförderten Werke beim Lieben Gott holen

- die Gefahr der Überforderung, weil die Dinge zu weit weg sind vom Bürger und weil ein bedarfsgerechter und gezielter Einsatz der Mittel nicht immer gewährleistet ist.

Aus all diesen Gründen müssen wir den Transferhaushalt zurückbilden. Doch man kann eine fast 30jährige Entwicklung nicht einfach plötzlich rückgängig machen.

Die Schweiz ist nicht eine Maschine, sondern etwas Lebendiges. Wer sich die alten Zeiten einfach so herbeizaubern möchte, muss wissen, dass er damit auch die alten Probleme wiederbelebt.

Es ist richtig, dass auch die *Einnahmen* des Bundes zugenommen haben. Sie sind aber nie stärker gewachsen als die Gesamtwirtschaft, also wesentlich langsamer als die Ausgaben. Wir haben auch Einnahmen verloren: Durch den *integrationsbedingten Zollabbau* entgehen dem Bund pro Jahr rund 2 Milliarden Franken.

Sparanstrengungen sind immer wieder unternommen worden. Seit 1975 konnten die Ausgaben mit den verschiedenen Sparpaketen um rund 2 Milliarden Franken gesenkt werden. Es ist selbstverständlich, dass diese Sparanstrengungen weitergehen müssen. Sparen ist eine Daueraufgabe.

Man darf aber nie vergessen, dass die Bundesausgaben zu annähernd 95 Prozent durch Verfassungsbestimmungen und Gesetze gebunden sind.

Alle Änderungen in diesem gebundenen Bereich erfordern die Zustimmung des Volkes.

Das ist unser Problem. Das Volk sagt nicht nur nein zu den Steuervorlagen. Es will auch keinen Leistungsabbau. Für diese widersprüchliche Haltung gibt es einen Ausdruck, der in der Psychiatrie geläufig ist. In der Politik ist er unzulässig. Man hat die Menschen gern, weil man selber auch einer ist.

Aber auch im Bundeshaushalt ist das Problem unlösbar, wachsende Verpflichtungen mit gleichbleibenden Einnahmen zu bezahlen. Auch der Bund kann nicht das gleiche Pferd zweimal verkaufen. Wo hin uns das Auseinanderklaffen der Einnahmen und der Ausgaben führt, zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren.

Seit 1971 schliessen die Bundesrechnungen mit Defiziten ab, seit 1974 in Milliardenhöhe.

In den letzten fünf Jahren allein haben wir die Schulden auf 18 Milliarden Franken verdoppelt. Bis in zwei Jahren werden wir jedes Jahr mehr als eine Milliarde Franken für die Verzinsung dieser Schulden aufwenden müssen. Im Voranschlag für das nächste Jahr machen die Schuldenzinsen bereits 980 Millionen Franken aus. Jeden Tag gibt der Bund 2,5 Millionen Franken für Zinsen aus.

Jetzt schon machen wir jedes Jahr neue Schulden, damit wir die alten noch verzinsen können.

Über die *Grenzen der Staatsverschuldung* wird viel diskutiert. Es gibt dazu von Wissen-

schaftlern errechnete Koeffizienten, die sich am Sozialprodukt, an den Gesamtausgaben und an andern Grössen messen.

Diese Mathematik führt aber nicht weiter. Man muss hier besser den Verstand zu Hilfe nehmen. Die Bankgesellschaft hat das in ihrem März-Bulletin getan. «Die Verschuldung soll nicht inflationär wirken», steht hier. «Schulden sind nicht gerechtfertigt für Konsumzwecke, weil sie zu einem späteren Zeitpunkt Steuererhöhungen notwendig machen». Das ist die Sprache der Vernunft.

Die «Drei Weisen» haben in ihrem letzten Gutachten zur Staatsverschuldung festgehalten, «...es sei falsch, die Zinsausgaben als üble Verschwendungen zu bezeichnen. Man dürfe nicht vergessen, dass die Aufnahme von Geld – so lange dieses zur Finanzierung sinnvoller Investitionen diene – Ausgaben wegnehmen helfen, die das wirtschaftliche Wachstum stimulieren.»

Auch das kann man unterschreiben.

Das letzjährige Rechnungsdefizit des Bundes, das mit Schulden zu decken war, betrug 1,7 Milliarden. *Aber wir brauchen fremdes Geld zur Hauptsache nicht zur Bezahlung von produktiven Investitionen, sondern zur Deckung von laufenden Aufgaben.*

Auch das wäre zu verantworten, wenn wir in einer wirtschaftlichen Rezession stecken würden. Aber wir befinden uns in einer normalen Phase, soweit es das überhaupt noch gibt. Jedenfalls haben wir eine vollbeschäftigte Wirtschaft und leben im

Frieden. Und in normalen Zeiten sollten wir nicht Schulden machen, sondern die alte Weisheit beherzigen können: «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not».

Politische Folgen der Schuldenwirtschaft

Neben den wirtschaftlichen Folgen dieser Schuldenwirtschaft muss man vor allem auch die politischen Folgen bedenken.

Schulden erzeugen Illusionen. Wenn der Bund fremdes Geld direkt in den Konsum leitet, nährt er damit die gefährliche Illusion, der Staat könne sich mehr leisten und er könne mehr verteilen, als er hat. Diese Illusion hat vor allem die verhängnisvolle Wirkung, dass der Bürger nicht mehr mit den vollen Kosten der öffentlichen Leistungen, die er beansprucht, konfrontiert ist. Die Schulden haben für ihn – vorläufig – noch keine direkten Auswirkungen. Er spürt sie nicht.

Dabei muss der Bürger aber wissen, was die Hochschulen, was die Armee, was die Soziale Wohlfahrt kosten. Er muss wissen, dass staatliche Subventionen und Kantonsanteile nicht einfach an seltenen Bäumen wachsen.

Nur wenn der Bürger weiß und es auch spürt, dass der Staat alles, was er ausgibt, ihm, dem Bürger, vorher in irgendeiner Form abnehmen muss, nur dann kann er als Stimmbürger in unserer Demokratie sachgerecht darüber entscheiden, ob der Staat mit seinen Ausgaben auch wirklich echte Bedürfnisse deckt. Und nur dann

kann er gültig beurteilen, ob er bereit ist, zur Deckung dieser Bedürfnisse mit seinem Geld aufzukommen.

Wenn wir heute einen Zehntel von dem, was wir ausgeben, mit Schulden decken, hindern wir den Bürger daran, sich ein richtiges Urteil über diese Fragen zu bilden. So belasten wir leicht – zu leicht – kommende Generationen mit den Kosten eines Bedarfes, von dem unsere Kinder nichts mehr haben werden, weil er eben schon konsumiert ist. Und unsere Kinder können dereinst nicht die Belastungen abschütteln, obschon sie möglicherweise zum Schlusse kommen, dass wir mit fremdem Geld Dinge bezahlt haben, die diese spätere Generation nicht mehr als echte Bedürfnisse erkennen kann. Schulden machen durch den Staat ist nicht schwer. Es kommt selten vor, dass ein Staat Pleite macht. Das überlässt er normalerweise seinen Bürgern.

Aber Staaten machen Inflation. Sie machen aus gutem Geld, das ihnen einmal vertrauensvoll übergeben worden ist, schlechtes Geld. Geprellt werden letztlich die Sparer und die wirtschaftlich Schwachen. Der Staat entschuldet sich auf dem Buckel der Sparer und Rentner. Auf dem Buckel jener, die nicht in Sachwerte ausweichen können, um sich gegen die Inflation zu schützen.

Inflation ist die unsozialste Art, öffentliche Leistungen zu finanzieren.

Aber dabei bleibt es nicht. Die zunehmende Verschuldung hat weitere politische Konsequenzen, die sich langfristig

sehr negativ auswirken können.

Je höher die Zinsausgaben steigen, desto mehr geht den Behörden Handlungsspielraum verloren. Der Bund kann schon heute Aufgaben nicht mehr übernehmen, die nur er erfüllen kann und die er nach allgemeiner Auffassung auch erfüllen müsste. Er wird so in den Augen seiner Bürger immer unglaublich. Er liefert extremen Gruppierungen Sprengstoff, um diesen handlungsunfähigen Staat zu unterminieren. «Dieser Staat ist unfähig», argumentieren sie. Und so kommt es dann, dass in Zürich die Aufforderung herumgetragen wird, es sei «aus diesem Staat Gurkensalat» zu machen. Wer sich zum Schaf macht, den fressen eben die Wölfe.

Wir sollten wirklich versuchen, dieser Gefahr gemeinsam zu begegnen.

Das neue Konzept

Das Konzept zur Sanierung der Bundesfinanzen ist Ihnen bekannt: Das Parlament hat es mit den Legislaturzielen diesen Frühling grundsätzlich akzeptiert.

● Wir haben zuerst in der Kompetenz des Bundesrates in mühseligen Sitzungen die Ausgaben des Finanzplanes 1981 bis 1983 um eine Milliarde pro Jahr zusammengestrichen.

● Nachher hat das Parlament auf unseren Antrag ein Sparpaket verabschiedet, das über Verfassungs- und Gesetzesänderungen zwischen 700 und 800 Millionen Franken pro Jahr einsparen soll.

● Für die auch nach diesen Einsparungen noch fehlende Milliarde sieht der vom Parlament genehmigte Finanzplan neue Einnahmen vor:

- Die Warenumsatzsteuer auf Energieträgern;
- eine Schwerverkehrsabgabe, die der Ständerat jetzt vorläufig eingesetzt hat;
- die Erhöhung der WUST in der neuen Finanzordnung, vor allem auch um die vorgesehene Beseitigung der «kalten Progression» und die höheren Abzüge zu kompensieren;
- die Ausdehnung der Verrechnungssteuer auf die Treuhandzinsen.

Auf die Blütenpracht dieser Planung ist aber bereits viel Rauhreif gefallen. Die Reaktionen auf das Konzept sind wenig hoffnungsvoll. Eine Organisation nach der andern meldet Sonderwünsche. Von allen Seiten drohen gesenkte Hörner. Auch die Bankiers läuten diesmal Sturm und schliessen ihre Schalter, wenn sie von der Besteuerung der Treuhandzinsen hören. *Schon bevor sie beschlossen ist, finanzieren sie mit teurem Geld die Kampagnen gegen diese neue Abgabe.* Grosszügig wie sie sind, bieten sie aber eine Alternative an. Man solle den Konsum stärker belasten, fordern sie. So einfach ist das. Der Gewerbeverband wird die Bankiervereinigung sicher zum Ehrenmitglied machen.

Mancher glaubt, man könne im Bundesbudget Milliarden

einfach sparen oder sonstwie streichen. Andere sehen Hoffnungen in der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Das sind naheliegende Gedanken.

Aber ich habe es bereits gesagt: Fast 95 Prozent der Bundesausgaben sind durch Gesetze gebunden. Und wenn man Milliarden sparen will, muss man Volksmehrheiten für gewaltige Kürzungen bei den Hochschulen, der Forschung, bei der Sozialpolitik, bei den Militär- oder bei den Ausgaben für die Landwirtschaft finden. Nur hier lassen sich Milliarden sparen, indem man Aufgaben nicht mehr oder nur noch teilweise erfüllt.

Ich halte das für unmöglich. Der Bund ist kein Stahlmöbel. Er ist ein lebender Organismus, bestehend aus Bürgern, Gemeinden und Kantonen, die über viele Kanäle mit ihm verbunden sind. Wenn man sich hier in Kahlschlägen versucht, wird man wahrscheinlich dafür nicht nur keine Volksmehrheiten finden. Es müssten sich dann auch 26 Kantone und über 3000 Gemeinden arrangieren und ihrerseits Aufgaben übernehmen, die jetzt der Bund bezahlt.

Der Bund kann sich nie einfach auf dem Buckel der Kantone sanieren. Die meisten seiner Aufgaben müssen so oder so erfüllt werden. Die Finanzprobleme würden einfach auf eine andere Stufe verlagert. Das ist nur für ganz besondere Fälle eine Lösung, wie sich jetzt in den Diskussionen über die Aufgabenteilung sehr deutlich zeigt.

Weniger Staat?

Bankiers denken im allgemeinen politisch, oder sie sollten es jedenfalls tun. Politisch denken heisst aber auch dann Verständnis für den Staat und seine Funktionen aufbringen, wenn es etwas kostet. Und die Bankiers müssten eigentlich die Ersten sein, die an einem gut funktionierenden Staat und an gesunden Staatsfinanzen interessiert sind.

Unser Land und seine politische Stabilität bilden doch wohl den Humus, in dem das Bankengeschäft ganzjährig blüht und gedeiht. In einem finanziell zerrütteten Staat hat man auch zu den Banken kein Vertrauen.

Aber Sie werden wahrscheinlich den Zusammenhang zwischen Staatsfinanzen und wirtschaftlicher Prosperität anders bewerten als ich. Der politische Schlachtruf «weniger Staat gleich mehr Freiheit» klingt für Ihre Ohren eher wie Engelsmusik als mein Ruf nach gesunden Staatsfinanzen und weniger Schulden.

Aber der Traum von der Freiheit des Unternehmers in einer reinen Konkurrenzwirtschaft mit Nachtwächterstaat ist unter den heutigen Bedingungen ebenso nostalgisch und realitätsfremd wie der Traum der Blumenkinder von der Freiheit in einer klassenlosen Gesellschaft.

Gewiss, die Bürokratisierung der Staatstätigkeit, die Freiheitsbedrohung durch anonyme Apparate, die juristische Reglementiererei durch den Verordnungsstaat, sind gefährliche Tendenzen. Und die

Alarmsignale, die von Seiten der Wirtschaft, aber auch etwa durch die Jugendbewegung gesetzt werden, haben wir als Politiker sehr ernst zu nehmen.

Aber die Antwort «weniger Staat» ist anachronistisch und löst die Probleme nicht. Die heutigen Machtballungen in der Wirtschaft, die Konzernbildung, die Kartellierung der Märkte und die Eigentumsverhältnisse im Wohnbausektor nehmen dem einzelnen viel mehr Freiheit, als dies der Staat je tun könnte.

Und – das sollte man auch bedenken – eine Marktwirtschaft, für die der Wettbewerb nicht nur Ideologie bedeutet, ist auf einen starken und leistungsfähigen Staat angewiesen. Die Marktwirtschaft kann nur als soziale Marktwirtschaft überleben. Und dazu braucht sie einen handlungsfähigen Staat. Gesunde Finanzen sind eine entscheidende Voraussetzung dazu.

Schlussbemerkungen

Ich wäre ein schlechter Finanzminister, wenn ich die Lage der Bundesfinanzen und deren Sanierung nicht nüchtern und ohne Vorurteile betrachten würde. Ich weiss, dass ich wenig Rückenwind habe. Aber das Leben zwingt einem halt gelegentlich auch zu freiwilligen Handlungen. Mutig ist, wer handelt, auch wenn er Angst hat. Ich kann nur versuchen, die Konsequenzen, wie ich sie sehe, aufzuzeigen.

Die beste Methode, den Bund zu lähmen und ihn unglaub-

würdig zu machen, ist die Fortsetzung der heutigen Schuldenwirtschaft. Parteien, Verbände und unser Volk müssen jedenfalls diese Konsequenz sehen, wenn es nicht gelingt, die Bundesfinanzen zu sanieren. Wir werden dann nicht nur weiterhin mehr ausgeben als wir einnehmen. Unsere Schulden werden progressiv zunehmen, weil sich die Staatstätigkeit nicht einfach durch die Abdrosselung der Einnahmen stilllegen lässt.

Die Sanierung des Bundeshaushaltes ist die Voraussetzung dafür, dass wir uns überhaupt wieder ohne Zwangslage über Finanzen und Staatsaufgaben unterhalten können. Vor einer leeren Staatskasse bleibt fast alles, was wir über die Zukunft unseres Landes diskutieren, graue Theorie.

Ich werde immer dafür eintreten, dass man beim Bund spart. Aber wir wollen ihn nicht nach und nach von seinen sozialen und von andern lebenswichtigen Aufgaben «befreien». Wir wollen ihn auf eine gesunde finanzielle Basis stellen, die es wieder erlaubt, über Staatsaufgaben nicht nur platonisch zu reden.

Die Ordnung der Finanzen ist nicht Politik an sich. Geordnete Finanzen sind aber eine entscheidende Voraussetzung, um überhaupt Politik machen zu können.

Mit geordneten Finanzen müssen wir diesen Staat für den Bürger wieder glaubhaft machen.

Und das braucht Opfer von allen Seiten; vom Bürger, von der Wirtschaft, auch von Ihnen!